

Chronik des Monats August 2009

1.8. – Iran. Vor einem Revolutionsgericht in Teheran beginnt ein Massenprozess gegen Teilnehmer an den Protesten gegen das umstrittene Ergebnis der Präsidentschaftswahlen (vgl. „Blätter“, 8/2009, S. 126 und 9/2009, S. 125), darunter führende Köpfe der Reformbewegung. Revolutionsführer Khamenei bestätigt am 3.8. den Wahlsieg von Ahmadinejad, der am 5.8. für eine weitere Amtszeit vereidigt wird. Ein von 202 Parlamentsabgeordneten unterzeichnetes Schreiben verlangt, Regierungsmitglieder müssten „der Verfassung und dem Revolutionsführer verpflichtet sein“.

3.8. – NATO. Der ehemalige dänische Regierungschef Rasmussen übernimmt in Brüssel das Amt des Generalsekretärs der Allianz (vgl. „Blätter“, 6/2009, S. 125f.). Rasmussen nennt als Schwerpunkte künftiger Aufgaben den Einsatz der NATO-Truppen in Afghanistan, die Entwicklung einer „echten strategischen Partnerschaft“ mit Russland, den Dialog mit islamischen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens sowie die Ausarbeitung einer neuen Strategie, die im Dezember 2010 auf einem Gipfel in Lissabon verabschiedet werden soll.

4.8. – Naher Osten. Palästinenserpräsident Abbas eröffnet als Fatah-Vorsitzender in Bethlehem einen Generalkongress der Organisation. Abbas erklärt, „wir wehren uns gegen israelische Angriffe und Expansion, wir bauen Gesellschaft und Infrastruktur auf bis zum Punkt, wo wir zu einem natürlichen Palästinenserstaat erwachsen“. Fatah habe „exemplarische Fehler“ gemacht, die zur Wahlniederlage von 2006 und zum Machtverlust im Gazastreifen geführt hätten (vgl. „Blätter“, 3/2006, S. 262). In einem politischen Grundsatzpapier setzen sich die 2325 Delegierten für Verhandlungen mit dem Ziel eines gerechten Friedens und eines Palästinenserstaates in den Grenzen von 1967 ein und bekräftigen das legitime Recht auf Widerstand gegen die Besetzung mit allen gegebenen Mitteln. Der ursprünglich auf drei Tage angesetzte Kongress muss wegen Meinungsverschiedenheiten bei der Wahl der Führungsgremien (Zentralkomitee und Revolutionsrat) mehrfach verlängert werden.

– **USA.** Das Außenministerium vertritt in einem Brief an den demokratischen Senator Lugar die Meinung, der honduranische Präsident Zelaya habe mit „provokativen Maßnahmen“ zu seinem Sturz im Juli d.J. beigetragen (vgl. „Blätter“, 8/2009, S. 127). Weitergehende wirtschaftliche Sanktionen gegen die neuen Machthaber werden in dem Schreiben abgelehnt. – Am 6.8. hält Präsidentenberater John Brennan im Center for Strategic and International Studies in Washington einen vielbeachteten Vortrag. Amerika, so Brennan, befinde sich zwar im Krieg gegen Al Qaida, aber weder in einem „globalen Krieg“, noch im „Krieg gegen den Terror“. Die Wahrung nationaler Sicherheit setze politische, ökonomische und soziale Anstrengungen voraus. Für jeden erledigten Terroristen wachse ein neuer nach, solange es in jenen Gesellschaften an Sicherheit, Bildung, Arbeit und Einkommen, an Selbstwertgefühl und Würde fehle. Macht müsse eingesetzt werden, um zu beweisen, dass scheinbar ausweglose Konflikte durch Diplomatie und Demokratisierung überwunden werden könnten. Beobachter deuten die Äußerungen Brennans als Anzeichen eines möglichen Kurswechsels der Regierung Obama. Während eines Aufenthalts in Nairobi (Kenia) bedauert Außenministerin Clinton am 6.8. die fehlende Zusammenarbeit der USA mit dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC). Man hätte vermutlich eine Regelung für die strittigen Punkte finden können.

6.8. – Türkei/Russland. Die Regierungschefs Erdogan und Putin unterzeichnen in Ankara eine Vereinbarung über die geplante russische Gasleitung South Stream. Die Leitung soll Erdgas von Russland durch das Schwarze Meer transportieren, türkische Hoheitsgewässer durchqueren, jedoch an der Ukraine vorbeiführen.

12.8. – Russland/Georgien. Ministerpräsident Putin besucht überraschend Abchasien. In einem Zeitungsinterview antwortet Putin auf die Frage, ob sich die kriegerischen Ereignisse vom August 2008 (vgl. „Blätter“, 10/2008, S. 125f.) wiederholen könnten, bei der gegenwärtigen georgischen Führung könne nichts ausgeschlossen werden. Die Prä-

senz internationaler Organisationen (UNO und OSZE) in der von Georgien weiterhin beanspruchten Provinz sei von deren Anerkennung der abchasischen Souveränität abhängig. Abchasien benötige ohnehin nur die Anerkennung Russlands.

14.8. – Russland/BRD. Bundeskanzlerin Merkel trifft sich in Sotschi am Schwarzen Meer mit Präsident Medwedjew zu einem Meinungsaustausch. Im Vordergrund stehen Wirtschaftsfragen. Die jüngsten Morde an Menschenrechtsaktivisten im Nordkaukasus, so hatte Merkel erklärt, seien „absolut inakzeptabel“ und erforderten ein entschiedenes Vorgehen der russischen Behörden.

15.8. – Türkei. Die Regierung kündigt eine Initiative zur Lösung des Kurden-Problems an. Es werde an einem Plan gearbeitet, mit dem die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zur Niederlegung der Waffen bewegt werden solle. Ein Dialog mit der PKK und ihrem inhaftierten Führer Abdullah Öcalan komme nach wie vor nicht in Frage.

17.-18.8. – USA/Ägypten. Der ägyptische Staatschef Mubarak konferiert in Washington mit Außenministerin Clinton und Präsident Obama, der im Juni d.J. Kairo besucht hatte (vgl. „Blätter“, 8/2009, S. 125).

18.8. – USA/Korea. Der ehemalige Präsident Clinton unterrichtet Präsident Obama im Weißen Haus über seinen Besuch in der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea). Clinton hatte Nordkoreas Führer Kim Jong Il getroffen und die Freilassung von zwei inhaftierten Amerikanerinnen erreicht. Außenministerin Clinton erläutert, die Haltung der Regierung gegenüber Nordkorea bleibe unverändert. Nach einer Begegnung mit nordkoreanischen Diplomaten in Santa Fe am 19.8. teilt Gouverneur Richardson mit, die Regierung in Pjöngjang wolle direkte Kontakte mit den USA, lehne jedoch neue „Sechser-Gespräche“ unter Einschluss von China, Russland, Japan und Südkorea ab. – Am 25.8. heißt es, Nordkorea habe den amerikanischen Sondergesandten Bosworth zu Gesprächen über sein umstrittenes Atomprogramm eingeladen. Der Diplomat werde zunächst die Regierungen Südkoreas, Chinas und Japans konsultieren.

19.8. – Irak. Aus Bagdad werden die schwersten Anschläge seit dem Rückzug der amerikanischen Truppen aus den irakischen Städten gemeldet, mit über 100 Toten und

mehr als 530 Verletzten. Betroffen seien vor allem Regierungseinrichtungen.

20.8. – Afghanistan. Überschattet von Raketenangriffen, Bombenexplosionen und Gefechten in vielen Landesteilen finden Präsidentschaftswahlen statt, zu denen 17 Millionen registrierte Wähler aufgerufen sind. Schon vor Bekanntgabe der Ergebnisse, die erst in einigen Wochen erfolgen soll, erklären sich Amtsinhaber Hamid Karzai und sein wichtigster Konkurrent, der frühere Außenminister Abdullah Abdullah, als Wahlsieger. Der UN-Beauftragte für Afghanistan, der Norweger Kai Eide, ruft zu Besonnenheit und Geduld auf. Um die Legitimität des Urnengangs festzustellen, müssten unabhängige Ermittlungen zu Vorwürfen des Wahlbetrugs abgewartet werden: „Es gibt keinen Zweifel daran, dass es am Wahltag Unregelmäßigkeiten gegeben hat.“

– **Iran/Syrien.** Syriens Präsident al-Asad führt in Teheran Gespräche mit Revolutionsführer Khamenei, Präsident Ahmedinejad und Außenministerin Mottaki. Beide Seiten verweisen auf ihre langjährige Allianz, um westlichem Druck zu widerstehen und dem amerikanischen Einfluss in der Region entgegenzutreten.

21.8. – Slowakei/Ungarn. Die slowakische Regierung verfügt ein Einreiseverbot gegen Ungarns Präsidenten Solym. Anlass der neuen Spannungen zwischen den beiden EU-Mitgliedstaaten ist die Absicht von Solym, an der Enthüllung eines Denkmals für den ungarischen Nationalheiligen Stefan in der seit dem Vertrag von Trianon (1920) durch die Donau geteilten Grenzstadt Komarno (Komaron) teilzunehmen.

23.8. – Korea. Eine hochrangige nordkoreanische Delegation, die sich zu den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen früheren südkoreanischen Präsidenten und Friedensnobelpreisträger Kim Dae Jung in Seoul aufhält, trifft mit dem amtierenden Präsidenten Südkoreas Lee Myung Bak zusammen. In Berichten heißt es, von beiden Seiten sei der Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der Demokratischen Volksrepublik Korea und der Republik Korea geäußert worden.

27.8. – BRD/Israel. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu in Berlin bezeichnet Bundeskanzlerin Merkel Zugeständnisse

an die Palästinenser und den Stopp des Siedlungsbaus im Westjordanland als entscheidend für Friedensverhandlungen. Der Schutz des Existenzrechts Israels sei deutsche Staatsräson. Netanjahu erneuert seine Bereitschaft, die palästinensische Führung „ohne jede Vorbedingung“ zu treffen. Die Anerkennung eines Palästinenserstaates erfordere aber auch die Anerkennung des „jüdischen Staates“ Israel durch die Palästinenser.

28.8. – Südamerika. Staats- und Regierungschefs der zwölf Mitglieder der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR; gegründet 2008) befassen sich auf einem außerordentlichen Gipfel im argentinischen Ferienort Bariloche mit den Differenzen über ein noch nicht rechtskräftiges Abkommen zwischen Kolumbien und den USA, das US-Militär- und Zivilpersonal den Zugang zu sieben Stützpunkten der kolumbianischen Streitkräfte erlaubt. Das Abkommen wird vor allem von Ekuador, Bolivien und Venezuela heftig kritisiert. Der venezolanische Präsident Chavez spricht von einer Bedrohung, die Bekämpfung des Drogenhandels sei ein Vorwand und Teil der amerikanischen Bemühungen, das sozialistische Regime seines Landes zu stürzen.

30.8. – Japan. Die seit 1955 fast ununterbrochen regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) muss die Macht abgeben. Regierungschef und LDP-Vorsitzender Taro Aso tritt noch am Wahlabend zurück. Die von Yukio Hatoyama geführte Demokratische Partei Japans (DPJ) erobert bei den Wahlen zum Unterhaus mehr als 300 der 480 Parlamentssitze. Hatoyama soll am 16. September d.J. das Amt des Regierungschefs übernehmen.

– **Saarland.** Die bisher alleinregierenden Christdemokraten von Ministerpräsident Peter Müller müssen bei den Landtagswahlen erhebliche Stimmenverluste hinnehmen, auch die Sozialdemokraten unter ihrem Landesvorsitzenden Heiko Maas verzeichnen Verluste. Gewinnerin ist vor allem die Linkspartei mit Spitzenkandidat Oskar Lafontaine. Die Wahlbeteiligung liegt bei 67,6 (2004: 55,5) Prozent. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfallen auf die fünf im Landesparlament vertretenen Parteien (Angaben in Prozent): CDU 34,5 (2004: 47,5), SPD 24,5 (30,8), Linke 21,3 (PDS: 2,3), FDP 9,2 (5,2), Bündnis 90/Die Grünen 5,9 (5,6). Zusammensetzung des neuen Landtags (51

Abgeordnete): CDU 19 (2004: 27), SPD 13 (18), Linke 11 (-), FDP 5 (3), Grüne 3 (3). (Zur Landtagswahl vom 5. September 2004 vgl. die Chronik in „Blätter“, 11/2004, S. 1285 und die Tabelle in 1/2005, S. 126.)

– **Sachsen.** Die Christdemokraten von Ministerpräsident Stanislaw Tillich können bei der Landtagswahl ihre führende Stellung behaupten. Der sozialdemokratische Koalitionspartner unter seinem Landesvorsitzenden und stellvertretenden Ministerpräsidenten Thomas Jurk verbucht leichte Stimmengewinne. Die NPD kann erneut in den Landtag einziehen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 52,2 (2004: 59,6) Prozent. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfallen auf die sechs im Landesparlament vertretenen Parteien (Angaben in Prozent): CDU 40,2 (2004: 41,1), Die Linke 20,6 (PDS: 23,6), SPD 10,4 (9,8), FDP 10,0 (5,9), Bündnis 90/Die Grünen 6,4 (5,1), NPD 5,6 (9,2). Zusammensetzung des neuen Landtags (132, bisher 124 Abgeordnete): CDU 58 (2004: 55), Linke 29 (31), SPD 14 (13), FDP 14 (7), Grüne 9 (6), NPD 8 (12). (Zur Landtagswahl vom 19. September 2004 vgl. die Chronik in „Blätter“, 11/2004, S. 1286 und die Tabelle in 1/2005, S. 127.) Tillich kündigt an, er wolle die Koalition mit den Sozialdemokraten nicht fortsetzen und strebe für die nächste Legislaturperiode eine Zusammenarbeit mit den Freien Demokraten an.

– **Thüringen.** Die Christdemokraten von Ministerpräsident Dieter Althaus verlieren bei den Landtagswahlen ihre absolute Mehrheit, bleiben aber stärkste Partei. An zweiter Stelle liegt die Linke mit ihrem Spitzenkandidaten Bodo Ramelow, gefolgt von den Sozialdemokraten unter ihrem Landesvorsitzenden Christoph Matschie. Die NPD scheitert mit 4,3 Prozent an der Fünf-Prozent-Klausel. Die Wahlbeteiligung liegt bei 56,2 (2004: 53,8) Prozent. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfallen auf die fünf im Landesparlament vertretenen Parteien (Angaben in Prozent): CDU 31,2 (2004: 43,0), Die Linke 27,4 (PDS: 26,1), SPD 18,5 (14,5), FDP 7,6 (3,6), Bündnis 90/Die Grünen 6,2 (4,5). Zusammensetzung des neuen Landtags (88 Abgeordnete): CDU 30 (2004: 45), Linke 27 (28), SPD 18 (15), FDP 7 (-), Grüne 6 (-). (Zur Landtagswahl vom 13. Juni 2004 vgl. die Chronik in „Blätter“, 8/2004, S. 902 und die Tabelle in 1/2005, S. 126.)

Zurückgeblättert...

Bereits vor zehn Jahren analysierte der Historiker Axel Schildt „Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen“: als Erfolgs-, Misserfolgs-, Modernisierungs-, Belastungs- und als Verwestlichungsgeschichte (in: „Blätter“ 10/1999, S. 1234-1244).

Den Text finden Sie – wie gewohnt – auf www.blaetter.de.

Die Blätter für deutsche und internationale Politik erscheinen als Monatszeitschrift.

Verlag:	Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Berlin, Torstraße 178, 10115 Berlin; Postfach 540246, 10042 Berlin Amtsgericht Berlin Charlottenburg HRB 105991 B Finanzamt für Körperschaften II, Berlin St.-Nr. 37/239/21010
Gesellschafter:	Daniel Leisegang, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Dr. Albert Scharenberg
Geschäftsführer:	Annett Mängel, Telefon 030/30 88 - 36 43, Fax 030/30 88 - 36 45
Bankverbindung:	Postbank Köln (BLZ 370 100 50), Kto. 147 993-502 IBAN: DE543701 0050 0147 9935 02
Vertrieb:	Berit Lange-Miemiec, Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 54 02 46, 10042 Berlin Telefon 030/30 88 36 44, Fax 030/30 88 - 36 45 E-Mail: abo@blaetter.de , Internet: www.blaetter.de
Redaktion:	Daniel Leisegang, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Dr. Albert Scharenberg
Anschrift:	Torstraße 178, 10 115 Berlin; Postfach 54 02 46, 10 042 Berlin Telefon 030/30 88 - 36 40 (Zentrale), - 36 41 (Scharenberg), - 36 42 (v. Lucke), - 36 43 (Mängel), - 36 44 (Leisegang) Fax 030/30 88 - 36 45, E-Mail: redaktion@blaetter.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Disketten, Bücher etc. keine Gewähr. Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Auflage:	8 000
Anzeigen:	Telefon 030/30 88 - 36 44. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 19
Layout und Satz:	Tinbrain, Berlin
Druck:	Moeker Merkur Druck, Köln

An dieser Ausgabe wirkten als Praktikantinnen Sarah Lempp und Saida Ressel mit.

Blätter-Gesellschaft: Die gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung politisch-wissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Initiativen e.V., vormals abgekürzt „Blätter-Förderverein“, gibt in Verbindung mit dem Herausgeberkreis der Zeitschrift die Blätter für deutsche und internationale Politik heraus. Ihr stehen Prof. Dr. h.c. Karlheinz Koppe, Dr. Corinna Hauswedell und Dr. Wolfgang Zellner vor. Die „Blätter“ erscheinen zugleich als Mitgliederzeitschrift der Gesellschaft. Beiträge – ab 10 Euro monatlich – und Spenden sind steuerabzugsfähig. Sitz: Bonn, Wurzerstr. 136, 53 175 Bonn; Außenstelle Berlin: Postfach 54 02 46, 10042 Berlin. Bankverbindung: SEB Bonn (BLZ 380 101 11), Kto. 1028 171 700.

Preise: Einzelheft 9,00 Euro, im Abonnement jährlich 75,60 Euro (ermäßigt 58,20 Euro). Alle Preise inklusive Versandkosten. Auslandszuschläge auf Anfrage. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums beim Verlag schriftlich gekündigt wurde.

Das Register des laufenden Jahrgangs erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 11/2009 wird am 30.10.2009 ausgeliefert.

© Blätter für deutsche und internationale Politik. ISSN 0006-4416. G 1800 E